

1 **Unsere Respekts-Agenda**

2 Die Menschen in Deutschland verdienen ehrlichen Respekt. Respekt für Lebensleistungen,
3 Respekt für Arbeitsleistungen, Respekt für Engagement in Beruf, Familie und Freizeit. Mütter
4 und Väter verdienen Respekt dafür, dass sie Arbeit und Familie in Einklang bringen.
5 Arbeitnehmer und Selbstständige verdienen Respekt für ihren Einsatz, Erfahrung und
6 Erfindungsreichtum, mit dem sie unser Land voranbringen. Die Ampel verweigert den
7 Menschen diesen Respekt. Sie schafft neue Belastungen für Familien, baut neue Hürden für
8 Unternehmen, Mittelstand und Arbeitnehmer, schafft neue Belastungen und beschließt
9 Gesetze, die die Bürger überfordern.

10 Das Resultat kann man nach zwei Jahren Ampel-Regierung ablesen. Deutschland ist
11 Spitzenreiter bei den Energiepreisen und Schlusslicht beim Wachstum. Unternehmen stellen
12 die Produktion in Deutschland ein und verlagern sie ins Ausland. Kapital fließt aus Deutschland
13 ab. Die Arbeitslosigkeit ist im vergangenen Monat, völlig untypisch für den Sommer, gestiegen.
14 Über das Land legt sich der Mehltau einer Bevormundungs- und Verbotspolitik. Die
15 Respektlos-Politik der Ampel wird zum Wohlstandsrisiko für Deutschland

16 Wir setzen dem Ampelchaos eine bürgerliche Politik des echten Respekts entgegen. Wir
17 repräsentieren die breite Mitte unseres Landes. Wir finden, dass die Regierung Chancen-
18 Ermöglicher sein muss und nicht Bundes-Gouvernante sein darf. Dass eine Regierung für
19 Wirtschaftswachstum sorgen und nicht Wachstum in Frage stellen sollte. Dass eine Regierung
20 eine Energie- und Wirtschaftspolitik machen sollte, die Unternehmen im Land hält und nicht
21 vertreibt. Deshalb formulieren wir eine Respekts-Agenda für alle diejenigen, die Chancen
22 ergreifen und Wachstum und neuen Wohlstand schaffen wollen. Für alle diejenigen, die für
23 Sicherheit sorgen und die in Sicherheit leben wollen.

24 **Respekt für Leistung**

- 25 • **Neues Wachstum schaffen.** Wachstum ist der Schlüssel zu Wohlstand, gut bezahlten
26 Arbeitsplätzen und einem soliden Staatshaushalt. Ein Prozent Wachstum bringt
27 10 Milliarden Euro zusätzliche Steuereinnahmen. Anstatt immer weiter zu belasten,
28 Energiekosten zu verteuern und Unternehmen aus dem Land zu treiben, wäre es gerade
29 jetzt dringend notwendig, einen Wachstumsplan für Deutschland zu entwickeln, der die
30 Energiekosten senkt, Unternehmen und Arbeitnehmer entlastet und das
31 Wachstumspotenzial unseres Landes hebt.
- 32 • **Überstunden steuerfrei stellen.** Leistung muss sich lohnen. Wer Mehrarbeit leistet, muss
33 belohnt werden. Wir wollen, dass Mehreinnahmen durch Mehrarbeit auch beim
34 Arbeitnehmer landen und nicht beim Finanzamt. Überstunden gehören ins Portemonnaie
35 und nicht in den Steuerbescheid. Wir wollen deshalb, dass künftig auf Überstunden keine
36 Einkommensteuer erhoben wird.
- 37 • **Energieangebot ausweiten.** Das Abschalten der Kernkraftwerke am 16. April war eine
38 ideologisch verblendete Fehlentscheidung. Nach Auskunft der Bundesregierung hat
39 Deutschland vor dem Abschalten der Kernenergie an 20 Prozent der Tage Strom
40 importiert, nach Abschalten der Kernenergie wird an 90 Prozent der Tage Strom importiert.
41 Mitten in der größten Energiekrise der Nachkriegszeit hat die Ampel das Energieangebot

- 42 in Deutschland damit künstlich weiter verknappt. Das wollen wir korrigieren: Die
43 Bundesregierung muss die Beschaffung neuer Brennelemente zulassen und einen
44 Weiterbetrieb der Kernkraftwerke ermöglichen.
- 45 • **Erneuerbare Energien fördern.** Um die Energieversorgungssicherheit zu gewährleisten,
46 müssen alle Energien genutzt werden. Dabei müssen alle erneuerbaren Energien im
47 Fokus liegen, auch die Bioenergie sowie die Wasserkraft, denn sie sind grundlastfähig. Die
48 Planungsverfahren müssen bezogen auf alle erneuerbaren Energien und
49 Infrastrukturprojekte, die für die Energiewende notwendig sind, beschleunigt werden. So
50 kann bei Energieinfrastrukturprojekten auf einen naturschutzrechtlichen Ausgleich
51 verzichtet werden, denn der klimapolitische Nutzen dieser Maßnahmen und damit auch
52 der Nutzen für den Naturschutz überwiegt grundsätzlich gegenüber den Auswirkungen des
53 Eingriffs in Natur und Landschaft.
- 54 • **Energiepreise senken.** Deutschlands Strompreise gehören zu den höchsten der Welt.
55 Spitzenreiter in der Industrieproduktion und Spitzenreiter bei den Energiepreisen – diese
56 Kombination kann nicht funktionieren. Der Produktionsstandort Deutschland gerät
57 zunehmend in Gefahr. Deshalb braucht es eine schnelle und breite Entlastung bei den
58 Stromkosten – einen Standortsicherungstarif. Dazu gehören ein Industrie- und
59 Mittelstandsstrompreis, die Senkung der Stromsteuer auf das europarechtlich zulässige
60 Minimum und eine Halbierung der Netzentgelte.
- 61 • **Unternehmen entlasten.** Deutschland hat aktuell eine der höchsten
62 Unternehmenssteuerbelastungen aller Industrieländer. Das wollen wir ändern. Wir wollen
63 Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und gut bezahlte Industriearbeitsplätze in Deutschland
64 und Bayern. Dafür wollen wir die Unternehmenssteuern senken und auf die Förderung von
65 Investitionen ausrichten. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie ihr Versprechen
66 aus dem Koalitionsvertrag einhält und eine Superabschreibung sowohl für Investitionen in
67 den Klimaschutz als auch in digitale Wirtschaftsgüter schafft.
- 68 • **Fachkräfte gewinnen.** Deutschland braucht die klügsten Köpfe. Daran besteht kein
69 Zweifel. Statt aber die Anforderungen an Qualifikation und Sprachkenntnisse immer weiter
70 zu senken, müssen wir zunächst die bereits vorhandenen Potenziale innerhalb der
71 Europäischen Union besser nutzen. Um im Wettbewerb um die klügsten Köpfe
72 international attraktiver zu werden, braucht es schnellere und unbürokratischere Verfahren
73 bei der Visaerteilung und eine neue vollständig digital arbeitende Bundesagentur für
74 Einwanderung („work-and-stay“), die Fachkräften unbürokratisch alle Services aus einer
75 Hand bietet.
- 76 • **Innovationen fördern.** Wir wollen in Schlüsselbereichen die Technologieführerschaft
77 übernehmen und Spitzenreiter in der Welt bleiben. Mit einem starken Ausbau der
78 Forschungsförderung legen wir den Grundstein für mehr Innovationen und mehr
79 wirtschaftlichem Erfolg der Zukunft. Wir wollen Fortschritt durch Forschung fördern.
80 Deshalb wollen wir die steuerliche Forschungszulage verdreifachen und die
81 Bemessungsgrundlage auf 12 Millionen Euro pro Unternehmen hochsetzen – für
82 Innovationskraft hoch 3. Gleichzeitig wollen wir Wagniskapital mit steuerlichen Anreizen
83 fördern und damit zu einer innovativen, lebendigen Start-up-Kultur beitragen.

- 84 • **KI-Vorreiter werden.** Künstliche Intelligenz ist im 21. Jahrhundert eine absolute
85 Schlüsseltechnologie für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und die nationale
86 und technologische Souveränität unseres Landes. Hier geht es insbesondere darum, im
87 Bereich der großen KI-Modelle (Foundation Models) den Anschluss an die USA und China
88 zu wahren. Dafür braucht es die richtigen Rahmen- und Förderbedingungen. Die
89 Supercomputing-Infrastruktur in Deutschland muss ausgebaut, Universitäts-
90 ausgründungen und Start-ups im KI-Bereich besonders gefördert und KI als zentraler
91 Lerninhalt in Bildungs- und Weiterbildungsangebote integriert werden. Dazu gehört, dass
92 wir Kapazitäten an Hoch-, Berufs- und weiterbildenden Schulen ausbauen, um
93 entsprechendes Fachpersonal aus- und fortzubilden. Uns geht es bei der Nutzung und
94 Entwicklung von KI darum, das technisch Machbare mit wirtschaftlichem Nutzen und
95 ethisch-sozialer Verantwortung zu verbinden.
- 96 • **Gastro-Mehrwertsteuer ermäßigen.** Restaurants, Wirtshäuser und Gaststätten sind ein
97 wichtiger Wirtschaftsfaktor und ein wesentlicher Teil des gesellschaftlichen Lebens. Die
98 von uns durchgesetzte Mehrwertsteuer-Ermäßigung in der Gastronomie läuft Ende 2023
99 aus. Wir wollen die Gastronomie weiter entlasten und für Speisen den ermäßigten
100 Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent dauerhaft anwenden.
- 101 • **Bauern schützen.** Die Ampel will die Tierbestände in Deutschland reduzieren. Wir halten
102 das für falsch. Ein Blick in die Welt zeigt: Eine sichere und gute Versorgung mit
103 hochwertigen Lebensmitteln ist keine Selbstverständlichkeit. Deshalb ist es ethisch weder
104 nachvollziehbar noch verantwortbar, wenn in Deutschland Tierbestände reduziert werden
105 und wertvolles Weideland ungenutzt bleibt. Unsere Bäuerinnen und Bauern leisten einen
106 wesentlichen Anteil zur Ernährungssicherung in Deutschland, Europa und der Welt. Wir
107 wollen, dass das so bleiben kann. Unsere Bauern wollen ihren Beitrag zur
108 Ernährungssicherstellung leisten. Deshalb lehnen wir die 4 Prozent Flächenstilllegung ab.

109 **Respekt für Familien und für eine starke Gesellschaft**

- 110 • **Familien unterstützen.** Die von den Ampel-Parteien verkündete Kürzung des
111 Elterngeldes ist ein Schlag gegen die Familien und führt zum Ausschluss eines großen
112 Teils der Familien vom Elterngeld. Der Vorschlag aus der Ampel, das Ehegattensplitting
113 abzuschaffen, geht in die gleiche Richtung einer Respektlos-Politik gegenüber Familien.
114 Wir als CSU wollen das Ehegattensplitting erhalten und das Elterngeld weiter ausbauen.
115 CDU und CSU haben das Elterngeld erfunden und stetig weiterentwickelt. Wir wollen das
116 Elterngeld jetzt weiter ausbauen und nicht kürzen. Wir wollen auch Väter ermutigen,
117 stärker als bisher die Elternzeit zu nutzen. Dafür wollen wir einen neuen Elterngeld-Bonus
118 schaffen: Wenn sowohl Vater als auch Mutter Elternzeit nehmen, soll der Anspruch auf
119 das Elterngeld um weitere zwei Monate (12+4) steigen.
- 120 • **Eigenheim steuerfrei übertragen.** Wohneigentum ist eine der effizientesten Formen der
121 Altersvorsorge und Vermögensbildung. Deshalb war es ein grundfalsches Signal, dass die
122 Bundesregierung die Erbschaftsteuer für Eigenheime mit dem Jahressteuergesetz 2022
123 deutlich erhöht hat, ohne gleichzeitig die Freibeträge zu erhöhen. Wir wollen die
124 Erbschaftsteuer regionalisieren und damit dafür sorgen, dass die Gesetzgebungshoheit
125 künftig dort liegt, wo auch die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer landen: bei den
126 Ländern. Gleichzeitig wollen wir ermöglichen, dass Eigenheime künftig steuerfrei an die
127 nächste Generation übertragen werden können, ob als Schenkung zu Lebzeiten oder im

128 Erbfall. Wenn der Erbe das Haus oder die Wohnung nicht innerhalb der nächsten 10 Jahre
129 verkauft, sondern selbst einzieht oder vermietet, soll dies steuerfrei bleiben.

130 • **Heizungsverbot stoppen.** Habecks Reform des Gebäudeenergiegesetzes ist vermurkst,
131 ungerecht und respektlos. Sie greift tief in das Eigentum unserer Bürgerinnen und Bürger
132 ein, ohne dass dem eine herausgehobene CO₂-Einsparung gegenüberstehen würde. Ein
133 vergleichbarer Effekt hätte sich mit milderer Mitteln erzielen lassen, mit Anreizen statt
134 Verboten, mit einer Kombination aus CO₂-Bepreisung und einer Abwrackprämie für
135 Heizungen, die den freiwilligen Umbau auf moderne, klimafreundliche Heizungen mit bis
136 zu 80 Prozent fördert. Wir bleiben dabei: Der Habeck-Heiz-Hammer wird keinen Bestand
137 haben. Wir werden bei Regierungsübernahme das Heiz-Gesetz grundlegend korrigieren.
138 Einen Zwang zum Heizungstausch in Bestandsgebäuden lehnen wir ab.

139 • **Gesundheitspolitik vom Kopf auf die Füße stellen.** Unser gesundheitspolitischer
140 Kompass ist klar: Milch ist gesund und Cannabis ist schädlich – nicht umgekehrt. Wir
141 wollen, dass der Besitz von Cannabis verboten und Werbung für Milchprodukte erlaubt
142 bleibt. Es wird Zeit, dass auch die Ampel-Koalition ihre abstruse Gesundheitspolitik vom
143 Kopf auf die Füße stellt. Die von Minister Özdemir geplanten Werbeverbote, die sogar die
144 Werbung für Butter, Joghurt und Käse verbieten würden, sind grundfalsch und respektlos,
145 weil sie die Freiheit und Mündigkeit von Bürgern bewusst in Zweifel ziehen. Wir setzen
146 darauf, das Ernährungswissen von Kindern, Jugendlichen und Eltern zu stärken sowie
147 Bewegung und sportliche Betätigung in Schule und Sportvereinen zu fördern.

148 • **Parlamentarische und demokratische Regeln respektieren.** Die Arroganz der Ampel
149 gegenüber Wählerinnen und Wählern, gegenüber parlamentarischen Regeln und
150 demokratischen Prozessen trägt erheblich zu einer steigenden Polarisierung in unserer
151 Gesellschaft aber auch im Parlament bei. Die Ampel hat ein Wahlgesetz beschlossen, das
152 das Demokratieprinzip des Grundgesetzes verletzt, die größte Oppositionskraft
153 systematisch benachteiligen soll und potenziell die Stimmen von Millionen von Wählern
154 wirkungslos werden lassen könnte. Die Ampel verweigert der Opposition das
155 parlamentarische Minderheitenrecht der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur
156 Affäre Scholz/Warburg. Der vorläufige Höhepunkt ist, dass jetzt das
157 Bundesverfassungsgericht in die Tagesordnung des Deutschen Bundestages eingreifen
158 musste, weil die Rechte der Abgeordneten, ein Gesetz ordentlich zu beraten und zu
159 bewerten, von der Ampel nicht gewahrt wurden. Dieser Ampel-Arroganz-Anspruch
160 vergiftet das Klima und schadet dem Ansehen der Politik. Wir appellieren an die Ampel-
161 Parteien, zu den angemessenen Verfahren des Parlamentarismus, zu Transparenz und
162 Fairness zurückzukehren.

163 **Respekt für diejenigen, die Freiheit und Sicherheit herstellen**
164 **und diejenigen, die in Freiheit und Sicherheit leben wollen**

165 • **Kriminelle härter bestrafen.** Wir wollen nicht zulassen, dass Stadtviertel und Regionen
166 zu rechtsfreien Räumen werden, in denen Kriminalität und Clan-Strukturen den
167 Rechtsstaat angreifen und aushebeln. Wir sagen Clan-Kriminalität den Kampf an: Wir
168 wollen Sofort-Ausweisungen für ausländische Clan-Mitglieder. Für Clan-Mitglieder mit
169 deutschem Pass fordern wir, bei begründetem Verdacht der Vorbereitung weiterer
170 Straftaten, die Präventivhaft auszuweiten. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass unsere
171 Ermittler alle rechtlich zulässigen Möglichkeiten bekommen, um gegen die digitale

- 172 Verbreitung kinderpornografischen Materials vorzugehen. Dazu gehört insbesondere die
173 digitale Spurensicherung, unter anderem durch die Speicherung von IP-Adressen, die
174 jüngst durch den EuGH als rechtlich zulässig bewertet wurde. Kinderschänder haben kein
175 Recht auf Privatsphäre.
- 176 • **Frauen besser vor Gewalt schützen.** Wir wollen ein Frauensicherheits-Paket und
177 deutlich härter gegen Gewalt gegen Frauen vorgehen. Dafür wollen wir eine Fußfessel
178 einführen, um Gewalttäter digital zu überwachen und Verstöße gegen Nährungsverbote
179 zu verhindern. Außerdem wollen wir Frauenhäuser deutlich stärker fördern und die
180 Kapazitäten ausbauen. Dabei ist eine Stärkung der Hilfsorganisationen und Vereine vor
181 Ort, die unverzichtbare und wertvolle Arbeit für Frauen leisten und Schutzräume bieten,
182 ebenso wichtig wie die finanzielle Förderung des Aus- und Umbaus von bestehenden
183 Frauenhäusern und des Baus neuer Frauenhäuser. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein,
184 dass geschlechterspezifische Gewalt härter bestraft und verfolgt wird.
185 Geschlechtergerechtigkeit beginnt bei der Sicherheit und einer Innenpolitik, die konkret
186 handelt.
- 187 • **„Letzter Generation“ rechtsstaatlich begegnen.** Die „Letzte Generation“ agiert wie eine
188 kriminelle Vereinigung, die das ständige, wiederholte Begehen von Straftaten als Mittel der
189 politischen Auseinandersetzung begreift. Sie hat in den vergangenen Monaten
190 Kunstgegenstände beschädigt, Straßen und Flughäfen blockiert. Bewusst werden
191 massenhafte Nötigung, Sachbeschädigung und gefährliche Eingriffe in den
192 Straßenverkehr mit erheblichem Risiko, dass Menschen dabei zu Schaden kommen,
193 immer wieder durchgeführt. Die jüngsten Straftaten zeigen, dass die Spirale der Eskalation
194 weitergedreht wird. Deshalb braucht es auch jenseits staatsanwaltschaftlicher
195 Ermittlungen ein politisches Signal: Der Verfassungsschutz muss die „Letzte Generation“
196 beobachten. Gleichzeitig müssen wir das Strafrecht verschärfen und die Blockade von
197 Rettungswegen und die Behinderung von Rettungsmaßnahmen mit
198 Mindestfreiheitsentzug bestrafen.
- 199 • **Migration begrenzen.** Wir stehen zum Grundsatz von Humanität und Ordnung in der
200 Migrationspolitik. Dazu gehören die Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung. Die
201 Ampel hat nun den Grundsatz der Begrenzung aus dem Aufenthaltsgesetz gestrichen und
202 damit einen gesellschaftlichen Grundkonsens aufgekündigt. Das war das vollkommen
203 falsche Signal. Wir erwarten, dass die Bundesinnenministerin den gemeinsamen EU-
204 Asylbeschluss unterstützt und nicht versucht, diesen Beschluss aufzuweichen oder gar zu
205 sabotieren. Nur mit besserem Grenzschutz und verpflichtenden Verfahren an den EU-
206 Außengrenzen kann es gelingen, die Migrationskrise zu entschärfen. Um die Lage der
207 Städte und Gemeinden schnell zu entlasten, wollen wir außerdem, dass nur Asylbewerber
208 mit positiver Bleibeperspektive auf die Kommunen verteilt werden.
- 209 • **Bundeswehr-Beschaffung reformieren.** Wir als CSU im Bundestag stehen zum
210 2-Prozent-Ziel und zur Vollausrüstung unserer Bundeswehr. Es reicht aber nicht, die Mittel
211 nur bereitzustellen – sie müssen auch in der Truppe ankommen. Aus Geld muss Gerät
212 werden. Das gelingt derzeit nicht in der notwendigen Geschwindigkeit. Da trotz aller
213 Reformbemühungen eine echte Beschleunigung der Beschaffung bisher nicht erreicht
214 werden konnte, brauchen wir eine grundlegende Reform des Beschaffungswesens der
215 Bundeswehr. Das Beschaffungsamt der Bundeswehr (BAAINBw) ist heute zu breit
216 aufgestellt. Es beschafft alles vom Fahrrad bis zur Fregatte und betreut nach dem Kauf

217 auch noch die Nutzung des Geräts. Wir wollen aus dem Amt die ganz großen
218 Beschaffungsvorhaben herauslösen und in eine neue schlanke, schlagkräftige Agentur
219 überführen. Darüber hinaus muss der Bundestag einen echten Beitrag zur Zeitenwende
220 im Beschaffungswesen leisten: Wir wollen, dass die Bundeswehr künftig schneller und
221 direkter Aufträge an die Industrie erteilen kann. Die sog. 25-Millionen-Euro-Vorlagen
222 wollen wir in ihrer heutigen Form abschaffen. Die Parlamentsbeteiligung soll vom Ende an
223 den Beginn des Beschaffungsprozesses gerückt werden. Der Bundestag soll am Anfang
224 politisch über Fähigkeiten, Budget und Vergabeform entscheiden und nicht am Schluss
225 fertige Verträge zur Kenntnis nehmen.

226 • **Brigade in Litauen stationieren.** Der russische Angriffskrieg zeigt: Frieden und Freiheit
227 in Europa brauchen eine Politik der glaubhaften Abschreckung. Deshalb unterstützen wir
228 die Stationierung einer deutschen Brigade in Litauen, die einen wichtigen Beitrag zur
229 Sicherheit des Baltikums leisten kann. Wir fordern den Bundesverteidigungsminister auf,
230 nach seiner Ankündigung jetzt umgehend ein schlüssiges Konzept für Stationierung und
231 Finanzierung dieser Brigade vorzulegen und sein Versprechen gegenüber Litauen
232 einzuhalten. Dazu gehört, dass die deutsche Brigade die litauischen Streitkräfte engstens
233 einbindet und mit ihnen zusammenarbeitet, dass die Unterbringung der deutschen
234 Soldaten sich hinsichtlich der Infrastruktur und des familiären Umfeldes auf höchstem
235 Niveau bewegen muss und dass für den Aufbau der Brigade in Litauen keine Standorte in
236 Deutschland geschlossen werden dürfen. Eines ist klar: Putin wird nicht von
237 Ankündigungen und Absichtsbekundungen abgeschreckt, sondern durch Glaubwürdigkeit
238 und Entschlossenheit in Form von gut ausgerüsteten Soldaten an der NATO-Ostflanke und
239 enger Abstimmung und Einigkeit im NATO-Bündnis.

240 • **Ukraine unterstützen.** Die Ukraine muss weiterhin durch unsere Unterstützung in die
241 Lage versetzt werden, sich im völkerrechtswidrigen, russischen Angriffskrieg militärisch zu
242 verteidigen und ihre territoriale Integrität wiederherzustellen. Langfristige Sicherheit und
243 Stabilität in Europa wird es nur geben, wenn die Ukraine langfristig und effektiv in eine
244 westliche Sicherheitsarchitektur integriert wird. Für uns ist klar: Wir akzeptieren keine
245 halbgenen Sicherheitsgarantien für die Ukraine, sondern wollen gemeinsam mit unseren
246 NATO-Partnern einen Schutzschirm spannen, der eine dauerhafte Sicherheit der Ukraine
247 vor russischer Aggression ermöglicht, die die territoriale Integrität der Ukraine wahrt, die
248 eine Westintegration der Ukraine sicherstellt und perspektivisch auch einen Beitritt zur
249 NATO ermöglichen soll.

250 Deutschland braucht einen neuen Moment des Aufbruchs und die Bereitschaft in einer sich
251 dynamisch verändernden Weltlage wettbewerbsfähig zu bleiben und den Wohlstand in eine
252 nächste Generation weiterzutragen. Dazu gehören Respekt gegenüber der Arbeits- und
253 Lebensleistung der Bürgerinnen und Bürger, Respekt gegenüber der Innovationskraft des
254 Mittelstands, der Wirtschaft und ein respektvoller Umgang mit anstehenden Veränderungen,
255 die nicht gegen, sondern mit den Bürgerinnen und Bürgern angegangen werden müssen.